

Die wichtigsten Erfolge der FDP Legislatur 2017-2021

Wirtschaft

Coronakrise: Soforthilfe für Unternehmen, schnelleres Zahlungsziel beim Kanton

Die FDP hat in der Coronakrise rasch gehandelt und zusätzliche Massnahmen zum Unterstützungspaket der Regierung vorgeschlagen. Der Regierungsrat hat inzwischen das Meiste davon umgesetzt. Das Dreidrittels-Paket für die Geschäftsmieten wurde von einem FDP-Vertreter mit ausgehandelt. Die Soforthilfe brauchte mehrere Anläufe, ist inzwischen aber beschlossen. Das kürzere Zahlungsziel beim Kanton ist umgesetzt. Ein Verzicht auf die Steuer-Verzugszinsen wurde in Aussicht gestellt.

Höherer Drittbetreuungsabzug

Aufgrund einer FDP-Motion wird der Kinderbetreuungsabzug bei den Einkommenssteuern auf CHF 25'000 Franken erhöht. Dies ist ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Abzug der Steuern vom Lohn verhindert

Bei der Ablehnung der Motion Rechsteiner (Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn) spielten Vertreter der FDP-Fraktion eine führende Rolle. Dank diesem Einsatz konnte die Umsetzung des Vorstosses verhindert werden, welcher letztlich eine Pflicht zum direkten Abzug der mutmasslichen Steuern vom Lohn verlangte.

Bildung

Mehr Spielraum bei der Lehrmittelwahl

Die FDP hat eine Überarbeitung der umstrittenen Französischlehrmittel gefordert und ist an einer Volksinitiative für Lehrmittelfreiheit beteiligt. Aufgrund dieses politischen Drucks hat das Erziehungsdepartement nun mehr Spielraum bei der Lehrmittelwahl geschaffen.

Verbesserte Beschulung und Förderung von Kindern mit einer Verhaltensauffälligkeit

Verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler bringen Lehrpersonen in der integrativen Schule ans Limit. Deshalb wurde von der FDP das absolute Kleinklassenverbot zur Diskussion gestellt. Aufgrund dieses Vorstosses werden die kleinen Klassen der separativen Spezialangebote optimiert, sodass Lehr- und Fachpersonen im Regelunterricht entlastet werden können.

Digitalisierung

Steuererklärung online ausfüllen

Die Steuererklärung kann ab dem kommenden Jahr vollständig digital ausgefüllt werden, d.h. man muss keine Belege mehr per Post einschicken. Zudem muss man keine Software mehr herunterladen. Dies geht auf einen FDP-Vorstoss zurück.

Steuer-Akontozahlungen online einsehen

Heute bekommt man einen Papierauszug, auf den man warten muss um zu prüfen, ob man noch etwas vor auszahlen muss. In Zukunft kann man gemäss einer Forderung der FDP online jederzeit nachsehen, was der Stand des persönlichen Steuerkontos ist.

Termine mit der Verwaltung online buchen

Termine mit der Verwaltung sollen online gebucht werden. Heute ist das beim Passbüro bereits so, wenn man einen neuen Pass/ID braucht. Künftig soll das bei anderen Verwaltungsstellen auch möglich sein.

Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens

Bei Baubewilligungen muss man heute sehr viele Unterlagen auf Papier einreichen, teilweise mehrfach. Diese Eingabe von Baubewilligungen wird nun wie von der FDP gefordert digital. Damit kann man die Gesuche einfacher einreichen, man wird darauf hingewiesen, wenn etwas fehlt und der Prozess wird vereinfacht. Damit werden Kosten und Mühen gespart.

Projektportfolio des Kantons

Bisher hat eine Übersicht gefehlt, was der Kanton alles für Projekte vorantreibt. Nun gibt es aufgrund einer Anfrage der FDP eine komplette Liste der hängigen Digitalisierungsprojekte, ein sogenanntes Projektportfolio, mit ihrem aktuellen Stand, den Kosten und dem Zeitplan.

Weitere Erfolge

Eigenmietwert

Anfangs Legislatur sorgte die Erhöhung der Eigenmietwerte für grosse Aufregung. Aufgrund eines FDP-Vorstosses muss die Bewertung nun angepasst werden. Zudem fordert der Kanton Basel-Stadt dank der FDP mit einer Standesinitiative die Abschaffung des Eigenmietwerts auf nationaler Ebene, kombiniert mit einem befristeten Schuldzinsabzug beim Ersterwerb von Wohneigentum soll das eine zeitgemässere Besteuerung von Wohneigentum zu ermöglichen.

Steuervorlage 17

In der Steuervorlage 17 setzte die FDP eine Senkung der Einkommenssteuern durch. Unter anderem aufgrund eines FDP-Vorstosses wurde auch der Versicherungsabzug erhöht, um den wachsenden Krankenkassenprämien Rechnung zu tragen.

Jüdische Sicherheit

Die hohen Sicherheitskosten der jüdischen Gemeinde aufgrund einer erhöhten Bedrohungslage haben diese in eine finanzielle Schieflage gebracht. Da es aus rechtlichen Gründen nicht möglich war, diese Kosten einfach durch den Kanton zu übernehmen, hat die FDP federführend an einer alternativen Lösung mitgearbeitet. Der Kantonspolizei wurden die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Präsenz bei exponierten jüdischen Institutionen erhöhen kann. Dadurch konnten die Sicherheitskosten der jüdischen Gemeinde entsprechend reduziert werden.